

Johannes Rauch
Bundesminister

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.771.381

Wien, 15.12.2023

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 16682/J des Abgeordneten Peter Wurm betreffend VKI erwirkt Greenwashing-Urteil gegen Austrian Airlines** wie folgt:

Frage 1:

- *Welche rechtlichen Konsequenzen ergeben sich aus dem Urteil des Landesgerichts Korneuburg im Zusammenhang mit „Greenwashing“ für die Fluglinie Austrian Airlines (AUA)?*

Das Klagebegehren des Vereins für Konsumenteninformation lautete auf Unterlassung gem. § 14 UWG. Das beklagte Unternehmen hat es daher zu unterlassen, durch die in der bezugnehmenden Pressemitteilung des VKI wiedergegebenen oder ähnliche Werbeaussagen den unrichtigen Eindruck zu erwecken, es biete CO₂-neutrale Flüge und/oder den Einsatz von 100 % nachhaltigen Flugkraftstoffen (SAF) an, wenn die derart beworbenen Flüge tatsächlich entweder zur Gänze mit Kerosin betrieben werden oder unter Heranziehung des Kraftstoffs Kerosin, dem nachhaltiger Flugkraftstoff nur beigemischt ist.

Frage 2:

- *Wie beurteilen Sie dieses Urteil des LG Korneuburg im Zusammenhang mit „Greenwashing“ für die Fluglinie Austrian Airlines (AUA) als zuständiger Konsumentenschutzminister aus konsumentenschutzpolitischer Sicht?*

Das vorliegende Urteil ist ein wichtiger Schritt gegen Greenwashing-Methoden. Während die Bemühungen von Austrian Airlines um den Einsatz von nachhaltigem Flugkraftstoff anzuerkennen sind, stellt jedoch die gewählte Werbemethode eine irreführende Praktik dar, welchen Verbraucher:innen den falschen Eindruck vermittelt, Fliegen wäre ohne nachteilige Auswirkungen auf die CO₂-Bilanz möglich.

Fragen 3 und 4:

- *Welche anderen Verfahren wurden durch den Verein für Konsumenteninformation (VKI) im Auftrag des Bundesministeriums für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz bereits im Zusammenhang mit „Greenwashing“ geführt?*
- *Welche Ergebnisse gab es bei diesen Rechtsverfahren des VKI im Auftrag des BMSGPK im Zusammenhang mit „Greenwashing“?*

Der VKI ist auch erfolgreich gegen die Brau Union gegen die Behauptung „CO₂-frei gebraut“ mittels UWG-Klage vorgegangen. Auch diese Klage war auf § 14 UWG gestützt. Nähere Details sind der Seite des VKI unter www.verbraucherrecht.at zu entnehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Rauch

